

NR. 3, JULI 2019

OSTGRÜN

BULLETIN DER KANTONE SG, TG, GL UND GR



- > **#KLIMAWAHL2019: LEGISLATURBILANZ UND AUSBLICK** SEITE 4
- > **#KLIMAWAHL2019: DIE AUSGANGSLAGE IN DER OSTSCHWEIZ** SEITE 6
- > **5G-MOBILFUNK: GRANDIOS ODER GEFÄHRLICH?** SEITE 10



UNSER KLIMA

DEINE WAHL

Naturgärten mit Stil



BIOGÄRTNEREI
NATURGÄRTEN
Lenzenhausstrasse 9
CH-8586 Erlen

neubauer
gmbh

www.neubauer.ch




ZU WARM UNTERM DACH?



CURAU
WWW.CURAU.CH


Mit unserer Dämmung
bleibt die Hitze draussen!

Im Einklang mit der Natur



Guido Leutenegger
www.natur-konkret.ch

Das tier- und naturfreundlichste
Label der Schweiz



INNOVATIVE WEINE AUS DEM ST. GALLER RHEINTAL



JETZT PROBIERPAKET IM SHOP
bestellen mit Code:
#grün2019-fruehling



STEGELER
Wein. Kultur.

Weingut Stegeler AG | Blumenstrasse 4 | CH-9442 Berneck | 071 744 27 09
wein@stegeler.ch | www.stegeler.ch

bio



für Küche, Haushalt, Bad, Garten,
Kleiderschrank und Geschenksideen

Bahnhofstrasse 4 · Weinfelden
www.biosfair.ch



**DEIN INSERAT
IM «OSTGRÜN»**

Du erreichst 1600 Mitglieder und
SymphasantInnen der GRÜNEN
in der Ostschweiz.

1/8 Seite Fr. 150.00, bei vier Schaltungen ein
Inserat gratis, 10% Mitgliederrabatt.

info@gruene-sg.ch | sekretariat@gruene-tg.ch

COMEDIA

Katharinengasse 20, 9004 St.Gallen
Tel. 071 245 80 08, medien@comedia-sg.ch



Die Genossenschafts-Buchhandlung mit dem
besonderen Angebot und dem guten Service.
Auch für Bibliotheken, Schulen, Institutionen.

www.comedia-sg.ch mit unseren Buch-,
Comic/Manga-, WorldMusic- und Veranstaltungstipps
und dem grossen Medienkatalog mit E-Shop!

ANSTAND, FAIRNESS UND MAUSCHELEIEN

Liebe Grüne

Ein öffentliches Amt sollte dem Wohl der Allgemeinheit dienen und nicht dem eigenen Fortkommen. Leider wird dieser Grundsatz regelmässig verletzt: Wir haben kaum Korruption im engeren Sinne, kaum ein Beamter oder Polizist wird hierzulande mit einer Zahlung gütig gestimmt. Es begegnen uns aber täglich Situationen, in denen das öffentliche Interesse durch Amtsinhaber verletzt wird. Gelegentlich in strafrechtlichem Sinne, häufig in der Grauzone zwischen erlaubt, unerlaubt und unanständig. Aufträge werden guten Bekannten oder gleich der eigenen Firma vergeben, die demokratische Mitbestimmung wird umgangen.

Beziehungen statt Leistung und Wirtschaftlichkeit.

Oft bleibt solches Gebaren unerkant oder zumindest unbeachtet: Man wischt unter den Teppich, was gute Bekannte und angesehene Personen in unangenehme Situationen bringen könnte. Nur selten kommt die ganze Wahrheit um Mauscheleien ans Licht. Verletzungen des öffentlichen Interesses, im weiteren Sinne Amtsmissbrauch, schadet unserem Gemeinwesen mehrfach. So wird Geld verschwendet, gelegentlich Millionen. Die Qualität der geleisteten Arbeit leidet. Und Mauscheleien richten erheblichen moralischen Schaden an: Die Bevölkerung verliert zu Recht das Vertrauen.

Es braucht gelegentlich Mut und Rückgrat, das allgemeine Interesse durchzusetzen. Unter Begriffen wie «Governance» und «Compliance» sind Regeln entstanden, die auf Firmen, Körperschaften oder Vereine anwendbar sind. Regeln des Anstands, die vielen selbstverständlich sind. Ihre konsequente Beachtung könnte manchem Schaden vorbeugen. Dazu braucht es Transparenz und Offenheit.

Wir GRÜNEN setzen uns mit Erfolg und an vorderster Front für mehr Transparenz, Fairness und Anstand ein. Wer in der Politik wirklich das Wohl des Volks anstrebt, hält gerne Regeln ein, beantwortet Fragen und legt die Karten offen.



Peter Dransfeld
Kantonsrat und Fraktionschef GRÜNE TG
dransfeld@dransfeld.ch



OSTGRÜN NR. 2/2019
Bulletin der GRÜNEN Ostschweiz
c/o Thomas Schwager
Cunzstr. 19, 9016 St.Gallen

Juli 2019
Erscheint 3 bis 4 mal jährlich

Auflage: 1600 Exemplare
Redaktion: Kurt Egger (TG), Thomas Schwager (SG), Priska Müller Wahl (GL), Nicolas Zogg (GR)
Gestaltung: Thomas Schwager
Druck: Druckerei Walpen, Gossau



TROTZ GEGENWIND FÜR KLIMA, UMWELT & SOLIDARITÄT

Ein Blick zurück auf die sich zu Ende neigende Legislatur macht deutlich: Auch in einem bürgerlich dominierten Parlament sind Zwischenerfolge möglich. Für richtige soziale und ökologische Fortschritte braucht es aber neue Mehrheiten und mehr GRÜNE im nationalen Parlament.

Wir GRÜNE sind seit Jahren erfolgreich unterwegs. In den kantonalen Parlamenten haben wir in der Legislatur 2015 bis 2019 von allen Parteien am meisten Sitze zugelegt und 216 Mandate erreicht – so viele wie noch nie in unserer Geschichte.

«Die Fraktion konnte 2015 bis 2019 wichtige Zwischenerfolge erzielen.»

Dieser Erfolgskurs ist erfreulich. Denn er ist für konsequenten Klima- und Umweltschutz und eine solidarische Gesellschaft zentral. Jetzt gilt es, ihn auch auf nationaler Ebene weiterzuführen und somit der rechtsbürgerlichen Blockadepolitik, welche die Legislatur geprägt hat, endlich ein Ende zu setzen.

Raus aus der Sackgasse!

Der Rechtsrutsch bei den Wahlen 2015 hat die Schweiz in die Klimaerwärmungssackgasse geführt. Das CO₂-Gesetz wurde von der rechten Mehrheit im Nationalrat bis zur Unkenntlichkeit verwässert. Wir GRÜNE hingegen brachten auch in dieser Legislatur zahlreiche neue Vorstösse für mehr Klimaschutz ein. So blieben wir beispielsweise hartnäckig dran, den Finanzplatz Schweiz

weniger klimaschädlich zu machen – damit Nationalbank, Grossbanken und Pensionskassen endlich ernst machen mit dem Divestment. Und wir wollen eine CO₂-Bremse analog der Ausgabenbremse: Klimaschädliche Entscheide sollen künftig nur noch von einer absoluten Mehrheit des Parlaments getroffen werden können.

Mehr Biodiversität

Auch im Einsatz für die Biodiversität konnten wir trotz rechtsbürgerlichem Gegenwind einige Zwischenerfolge erzielen. So wird der Import von illegal geschlagenem Holz endlich verboten. Zudem muss der Bundesrat Strategien zum nachhaltigen Umgang mit Plastik und zum schrittweisen Glyphosat-Ausstieg ausarbeiten.

Doch gerade die jüngste Debatte zum Jagdgesetz – das in der aktuellen Form bereits gefährdete Tierarten noch stärker unter Druck setzen würde – zeigt: Im Parlament fehlen noch immer die Mehrheiten, um einen wirksamen Schutz von Umwelt und Biodiversität zu garantieren.

Gleichstellung: schwacher Kompromiss

Doch auch bezüglich gesellschaftlicher Fragen war die Legislatur keine Erfolgsgeschichte, wie beispielsweise die Debatte zum Gleichstellungsgesetz zeigt: Wir GRÜNE kämpften für griffigere Massnahmen für die Lohngleichheit – schliesslich resultierte nur ein sehr schwacher Kompromiss.

Bringen wir die Schweiz mit neuen Mehrheiten endlich auf Klimakurs! Verleihen wir der Gleichstellung Schub. Und stehen wir gemeinsam für eine solidarische Gesellschaft ein. Danke, dass du mitziehst!

Aline Trede, Nationalrätin BE, Vize-Fraktionspräsidentin

Ausführliche Legislaturbilanz 2015 bis 2018 der Grünen Fraktion:
www.gruene.ch/bilanz2019



WEICHEN STELLEN: GRÜN WÄHLEN WIRKT!

Wie das Parlament in der kommenden Legislatur zusammengesetzt ist, ist nicht nur fürs Klima zentral. Die Wahlen entscheiden auch, ob in den kommenden vier Jahren wirksame Massnahmen zum Schutz der Biodiversität ergriffen werden können und ob es mit der Gleichstellung endlich vorangeht.

Wir GRÜNE sind für Menschen in ganz Europa zur Hoffnungsträgerin geworden. Diese Kraft gilt es zu stärken. Als Bollwerk gegen den Rechtspopulismus, Klimawandelskeptiker*innen und die Durchsetzung des Rechts der Starken und Skrupellosen.

Wahl entscheidet über Klimaschutz

Wichtige Weichenstellungen werden zum Glück nicht mehr im aktuellen Nationalrat entschieden. Zuvorderst die Klimapolitik, ganz konkret das CO₂-Gesetz. Im Moment wird es im Ständerat vorberaten. Noch letzten Dezember setzten sich FDP und SVP mit einer massiven Aushöhlung durch. Zum Glück konnte das unwirksame Gesetz versenkt werden. So konnte der Ständerat nochmals von vorne mit der Beratung starten. Als Ausgangslage dient ihm der ursprüngliche bundesrätliche Gesetzesentwurf. Dieser ist auch ungenügend, aber auf jeden Fall weniger schlecht als die Variante der rechtsbürgerlichen Nationalratsmehrheit.

Wir können hoffen, dass so kurz vor den Wahlen das Gesetz im Ständerat noch deutlich verbessert wird. Das wäre ein grosser Erfolg auch der Klimastreikenden!

Erst nach den Wahlen kommt die Vorlage ein zweites Mal in den Nationalrat. Wird kein überdeutliches grünes Zeichen an den Urnen gesetzt, droht erneut ein massiver Rückschlag.

Pestizideinsatz einschränken

Die Bedrohung unseres Ökosystems durch die Klimakrise, das Insektensterben, die Giftstoffbelastung unserer Böden und Fließgewässer darf nicht länger aufgeschoben werden. Es braucht zwingend die griffige Umsetzung der von den GRÜNEN initiierten Strategie Biodiversität Schweiz. Zudem müssen wir alles daran setzen, das Ziel der Volksinitiative «Für sauberes Trinkwasser und gesunde Nahrung» zu erreichen: Der Pestizideinsatz muss durch die Stärkung der ökologischen Landwirtschaft und eine Lenkungsabgabe rasch eingeschränkt werden. Kein utopisches Vorhaben, wenn wir im Herbst mit neuen Mehrheiten in die nächste Legislatur starten können.

Gleichstellung jetzt!

Auch für die Frauen stellen wir bei den nationalen Wahlen die Weichen. Die Gleichstellung steht seit 1981 in der Verfassung, umgesetzt ist sie noch immer nicht. Damit sich das nun ändert,

braucht es jetzt unter anderem eine angemessene Vertretung der Frauen im Parlament. Wir GRÜNE gehen mit ausgewogenen Wahllisten voran. Für den Ständerat stellen wir mit gleich zwölf Frauen am meisten Kandidatinnen aller Parteien. Bis 2023 wollen wir erreichen, dass die Lohngleichheit zwischen Frauen und Männern und Geschlechterrichtwerte in den Führungsetagen von Unternehmen durchgesetzt werden. Und einen Elternurlaub, der diesen Namen auch verdient. Die ausgewogene Vertretung der Geschlechter im Bundesrat und nationalen Parlament wollen wir verbindlich regeln.

Wir GRÜNE sind nicht nur die kompetente und konsequente Umweltpartei, sondern auch die Partei der liberalen Grundrechte, der sozialen Verantwortung und der Lebensqualität. Wer diese Werte stärken will, wählt GRÜN. Denn die Erfahrung zeigt: Je stärker die GRÜNEN im Parlament, desto grüner geben sich auch die anderen Parteien. Zum Glück nicht nur vor, sondern auch nach den Wahlen.

Balthasar Glättli, Nationalrat ZH und Fraktionspräsident, Co-Wahlkampfleiter

Wahlplattform 2019 bis 2023:
www.gruene.ch/wahlplattform-2019



GRÜNE THURGAU TRETEN MIT DREI FRAUEN UND MÄNNERN AN

Die Thurgauer GRÜNEN wollen bei den Nationalratswahlen ihren 1995 verlorenen Sitz zurückgewinnen und treten mit drei vollständigen Listen an. Auf jeder der Listen sind drei Frauen und drei Männer aufgeführt. Die Chancen sind intakt: Wenn nicht jetzt, wann dann?

KEG. Die Thurgauer Nationalratsdelegation besteht aktuell aus drei Mitgliedern der SVP (Diana Gutjahr, Verena Herzog, Markus Hausammann) und je einem Mitglied der CVP (Christian Lohr), der FDP (Hansjörg Brunner) und der SP (Edith Graf-Litscher). Im Herbst wollen die GRÜNEN den SVP-Sitz des nicht mehr antretenden Markus Hausammann erobern. «Die Chancen dafür sind dank dem Aufschwung der grünen Kräfte so gut wie seit mehr als zwanzig Jah-

«Wenn nicht jetzt, wann dann?»

ren nicht mehr», ist Kantonalpräsident Kurt Egger überzeugt. Der bisher einzige Thurgauer Grüne war Peter Schmid in den neunziger Jahren. Er verpasste 1995 seine Wiederwahl um gerademal 50 Stimmen. Zum Sitzgewinn beitragen könnte eine Listenverbindung mit GLP und SP. Darüber wird hinter den Kulissen noch heftig diskutiert.

Grüne Hauptliste

Kurt Egger führt die Hauptliste an. Egger ist Energiefachmann und politisiert seit sieben Jahren im Grossen Rat. Mit der Raumplanerin Karin Bétrisey, dem Arboner Stadtrat Didi Feuerle und dem Architekten Peter Dransfeld figurieren drei weitere Mitglieder des Grossen Rates auf der Liste. Die Amriswiler Stadträtin und Bäuerin Sandra Reinhart und die Informatikerin Judith Zimmermann machen das grüne halbe Dutzend voll.

KURT IN DEN STÄNDERAT!

Kurt Egger kandidiert auch für den Ständerat. Die bisherige CVP-Frau Brigitte Häberli tritt erneut an, während Regierungsrat Jakob Stark den Sitz von Roland Eberle (SVP) erben möchte. Es kandidieren weiter SP-Parteipräsidentin Nina Schläfli, der GLP-Fraktionspräsident Ueli Fisch sowie als Aussenseiterin Gabi Coray. Das grüne Wahlziel: mindestens ein zweiter Wahlgang.

Junge Grüne

«Klima vor Profit!» ist der Wahlslogan der Jungen Grünen. Sie treten mit einer motivierten und durchmischten Liste an. Angeführt wird sie von Simon Vogel, dem Präsidenten der Jungen Grünen. Weiter kandidieren die Jurastudentin Naomi Brot, der Umweltingenieur Fabio Hüther, die Politikstudentin Sarah Michel, der Zeichner Remo Wolfensberger und die Umweltingenieurin Simone Reinhart.

Grüne Panther

Die Seniorenliste «Grüne Panther» zeigt, dass die ältere Generation dank guten Lebensverhältnissen immer noch voll präsent am öffentlichen Geschehen teilnimmt. Mit ihrer grossen Lebenserfahrung lassen sie andere Prioritäten ins politische Geschehen einfließen. Bei den Wahlen 2015 trug die Liste der Grünen Panther fast einen Drittel der Stimmen zum Gesamtergebnis der GRÜNEN bei. Auf der Pantherliste figurieren der Primarlehrer und Kantonsrat Toni Kappeler, die Unternehmerin Brigitta Hartmann, der Techniker Jost Rüegg, die Kauffrau Erika Hanhart, der Facharzt Walter Lang sowie die Kinderkrankenschwester Monika Stamm-Züllli.



GRÜNE ST.GALLEN SIND AUF KURS RICHTUNG BERN

Die St.Galler GRÜNEN stellten bis vor bald vier Jahren als einzige Ostschweizer Kantonalpartei einen Sitz in Bern. Der Sitzverlust von Yvonne Gilli schmerzte. Diese Scharte soll nun ausgewetzt werden. Ermöglichen sollen das drei Listen mit 36 prominenten Namen.

THS. Fünf der zwölf Mitglieder der St.Galler Nationalratsdelegation besetzt die SVP, weitere zwei stehen für die «Fuck-de-Planet-Haltung» der Liberalen. Die früher mächtige CVP konnte 2015 das dritte Mandat nur knapp halten. Der SP blieben trotz Stimmenverlusten zwei Sitze. Den Sitz verloren hat auch die GLP. Profitieren konnten SVP und FDP mit je einem Sitzgewinn.

Auch der Kantonsrat ist mit total 66 von 120 FDP-SVP-Sitzen rechtsbürgerlich dominiert. SP-GRÜNE kommen gerade mal auf 26 Sitze. Die Wahlen im Herbst sollen der erste Schritt sein, das schlechte Blatt zu wenden: Am 8. März 2020 finden kantonale Wahlen statt.

GRÜNE Hauptliste

Die St.Galler GRÜNEN waren schon immer auch eine Frauenpartei. Auf dem Spitzenplatz steht darum auch die 28-jährige Stadtparlamentarierin und Maschineningenieurwissenschaftlerin Franziska Ryser. Auf dem zweiten und dritten Platz der selbständige Wirtschafts- und Sozialforscher Patrick Ziltener bzw. die Fachärztin und frühe-

re Nationalrätin Yvonne Gilli. Weiter figurieren auf der ZebraListe mit zwei Ausnahmen ausschliesslich amtierende Amtsträger*innen. So die Stadträte Daniel Stutz (Wil) und Tanja Zschokke (Rapperswil-Jona). Rahel Würmli war während zwölf Jahren in der Exekutive der Rosenstadt, während Franziska Wenk bis 2015 im Kantonsrat sass.

Weiter auf der Liste sind die amtierenden Kantonsräte Basil Oberholzer (Ökonom), Meinrad Gschwend (Journalist), Marco Fäh (Leiter Steueramt) und Thomas Schwager (Geschäftsleiter Mieterverband). Als sechste Frau kandidiert Eva Noger, Schulleiterin und Wiler Stadtparlamentarierin.

Junge Grüne

Bei den Jungen Grünen stellen die Frauen mit sieben der zwölf Kandidierenden die Mehrheit. An der Spitze steht die 21-jährige Bäcker-Konditorin Rebekka Schmid. Auch zu den grünen Zukunftshoffnungen zählt auf dem zweiten Platz der Rapperswiler Valentin Faust (Umweltingenieur). Mit Anja Signer-Bürkler (Sozialpädagogin) und

Christian Huber (Historiker, Geograph) schicken die Jungen Grünen ebenfalls amtierende Stadtparlamentarier*innen ins Rennen. Mehr unter www.jungegruene.ch/sg

Klimasenior*innen

In St.Gallen gehen die Grünen Panther als «Klimasenior*innen» an den Start. Verantwortung tragen ist für sie eine Frage der Haltung, nicht des Alters, denn die Bewältigung der Klimakrise ist eine generationsübergreifende Aufgabe.

Für diese Haltung stehen sechs Frauen und sechs Männer im Durchschnittsalter von 67 Jahren. Fast alle sind ehemalige Mandatsträger*innen, drei sind noch im Amt. Dazu zählt Luc Kauf, mit Jahrgang 1958 der «Benjamin» unter den jungen Alten: Der Betriebsökonom sitzt im Wiler Stadtparlament. Clemens Müller (1956, Kulturhistoriker) ist alt-Kantonsrat, amtiert aber als Fraktionspräsident im Stadtparlament St.Gallen, zusammen mit der Chemikerin und Autorin Veronika Meyer (1951).

Mehr unter www.gruene-sg.ch/klimaseniorinnen



FÜR DIE GRÜNEN GRAUBÜNDEN

ES IST ZEIT FÜR EINE VERDA

Die Bündner Grünen nennen sich Verda und treten auch mit einer Nationalratsliste an. Darunter die wahrscheinlich jüngste Kandidatin, die je in Graubünden für dieses Amt kandidierte. Die Verda-Kernanliegen liegen beim Klimaschutz, nachhaltiger Ernährung, sauberer Energie und Gleichstellung.

THS. Fünf Sitze stehen Graubünden in Bern zu, zwei davon besetzt aktuell die SVP. BDP, CVP und SP sind mit je einem Sitz vertreten, wobei die SP-Frau Silva Semadeni als Präsidentin von Pro Natura Schweiz glaubwürdig für ökologische Anliegen einsteht. Vor vier Jahren verlor die FDP ihren Sitz nur um 92 Stimmen an die SVP.

«Verlieren BDP oder SVP, soll davon nicht die FDP profitieren.»

Die Bündler Klimaallianz

Mit einer Allianz zwischen SP, Verda und GLP besteht die Chance, auch im Kanton Graubünden mit einem zusätzlichen Sitz mehr politischen Rückenwind für griffige Massnahmen gegen die Klimakrise zu erhalten. Wahrscheinlich zulasten der BDP. Aber vielleicht kosten die tumben SVP-Sprüche auch in Graubünden die Partei nicht nur Prozente, sondern auch einen Sitz.

Es ist auf jeden Fall klares Verda-Wahlziel, in Graubünden einen zweiten linksgrünen Nationalratsstz zu erobern. Egal, ob BDP oder SVP verlieren: Profitieren davon soll nicht die FDP. Dafür steht auch die Listenverbindung mit SP und GLP.

Drei Frauen, zwei Männer

Als Spitzenkandidatin auf dem ersten Verda-Listenplatz steht Anita Mazzetta. Als Gemeinderatspräsidentin war sie 2018 höchste Churerin. Seit bereits zehn Jahren sitzt Mazzetta im Churer Parlament und arbeitet seit bald 20 Jahren als Geschäftsleiterin für den WWF Graubünden. Es gibt zurzeit keine

umweltkompetentere Person in Graubünden, die alle Talschaften und ihre klimapolitischen Herausforderungen aus intensiver Erfahrung kennt. Weit über 20 Naturschutz-, Tourismus- und Kraftwerksprojekte tragen ihre besondere und unbestechliche Handschrift. Dazu zählt auch die längst überfällige Sanierung der Restwasserstrecken in Graubünden. Ein Anliegen auch von grosser nationaler Bedeutung.

Jüngste Bündler Kandidatin überhaupt

Mit Gianna Catrina aus Haldenstein kandidiert die bisher vermutlich jüngste Nationalratskandidatin aus Graubünden. Catrina wird im Juli 18 Jahr alt und ist eine der Mitorganisierenden der Churer Klimastreiks. Die Schülerin

sieht im Klimawandel die grösste globale Herausforderung der Politik.

Weiter kandidieren Gian Linard Nicolay aus Ardez. Nicolay ist Agrarwissenschaftler und Manager am Forschungsinstitut für biologischen Landbau. Zentral für ihn ist eine nachhaltige Entwicklung mit Arbeits- und Lebensformen, die auch den nachfolgenden Generationen ein anständiges Leben ermöglichen.

Die Umweltingenieurin und Biobäuerin Seraina Schwab aus Degen steht ein für eine nachhaltige Produktion von Nahrungsmitteln und den verantwortungsvollen Umgang mit unseren Ressourcen.

Martin Tucek aus Peist schliesslich ist pensionierter Lehrer und Psychologe. Als Flüchtlingsbetreuer engagiert er sich konkret für soziale Gerechtigkeit. Er möchte, dass Minderheiten geschützt werden und Macht unabhängig von Geld fair verteilt wird.

Bild v.l.n.r.: Gianna Catrina, Martin Tucek, Anita Mazzetta, Gian Linard Nicolay, Seraina Schwab.



Bild: Daniel Bosshard

SPORTPLATZ-KUNSTRASEN

VERSCHMUTZEN GEWÄSSER

Der für Silvia Kündig-Schlumpf in den St.Galler Kantonsrat nachgerückte Marco Fäh aus dem Linthgebiet sorgt bereits in seiner zweiten Session für nationale Schlagzeilen: Mikroplastik aus Kunstrasen belastet unsere Gewässer. Die Folgen für Mensch und Umwelt sind noch nicht absehbar.

THS. Besucher*innen von Sportanlagen sind sie sicher schon aufgefallen, die kleinen «Steinchen», die sich leicht zusammendrücken lassen. Es ist das Granulat aus Kunstrasenplätzen. Immer häufiger werden Sportplätze mit Kunst- statt Naturrasen belegt.

Die Anbieter preisen verschiedene Vorteile des Kunstgrüns an:

Wenig Pflege nötig, extrem belastbar und optisch von natürlichem Rasen kaum zu unterscheiden. Der schöne grüne Schein aber hat seinen ökologischen Preis: Für die notwendige Stabilität und die gewünschten Spieleigenschaften wird der Kunstrasen meist mit einem Granulat verfüllt: Pro Sportplatz sind das 30 Tonnen. Und jedes Jahr sind pro Platz rund drei Tonnen neues Granulat einzubringen.

Der grüne Schein...

Granulate zählen per Definition bereits wegen ihres Durchmessers von unter 5 mm als Mikroplastik. Durch chemische und physikalische Einflüsse wie Erosion, Verwitterung und UV-Strahlen werden die Granulate dabei immer kleiner. Sie «verschwinden» deswegen aber nicht. Einmal in die Umwelt ein-

gebracht, ist Mikroplastik nicht mehr kontrollierbar. Wind und Wetter verfrachten das Material tonnenweise in die Umgebung. Zuerst in angrenzende Wege und schliesslich über die Regenabläufe in den gewachsenen natürlichen Boden, in unsere Bäche und Seen.

«Wir essen jede Woche eine Kreditkarte Plastik.»

Gelangt Mikroplastik in ein Gewässer, können die kleinen Teilchen dort von wirbellosen tierischen Kleinstorganismen (Makrozoobenthos) aufgenommen werden und schliesslich in die Nahrungskette gelangen: Fische fressen Makrozoobenthos oder direkt Mikroplastik als unverdauliche Nahrung, Vögel oder auch der Mensch essen dann die Fische. So kann Mikroplastik auch in den menschlichen Körper gelangen. Eine aktuelle Studie zeigt, dass wir pro Woche etwa 5 g Mikroplastik zu uns nehmen, was der Masse einer Kreditkarte entspricht.

...kann in die Nahrungskette gelangen

Gemäss einem Artikel im St.Galler Tagblatt vom Januar 2019 wiesen 18 von 24 untersuchten Fischen aus dem Bodensee Plastik in ihren Mägen auf. Plastik kann bei Fischen zu Wachstums- oder Entwicklungsstörungen führen. Der

Fischbestand im Bodensee ist in den letzten Jahren stark rückläufig. Mikroplastik könnte dabei als ein Faktor unter vielen in Betracht kommen.

Besser vorsorgen

Über die effektiven Folgen von Mikroplastik auf die Umwelt sowie Mensch und Tier ist noch wenig bekannt. Die langfristigen Gesundheitsrisiken dürften erst in Jahrzehnten deutlich werden – es besteht grosser Forschungsbedarf. Das Prinzip der Vorsorge sollte darum beachtet werden. Marco Fäh hat dem Regierungsrat verschiedene Fragen gestellt. Eine Alternative wäre der Einsatz von Quarzsand. Ökologischer als Kunstrasen bleibt natürlich der bewährte Naturrasen.

Mehr zum Thema unter www.gruene-sg.ch/go/kunstrasen



Marco Fäh, Kantonsrat GRÜNE Linth



IST DER 5G-MOBILFUNK GRANDIOS ODER GEFÄHRLICH?

Der 5G-Standard verspricht uns eine «technische Revolution im Datentransfer» und bietet dank massiv höherer Geschwindigkeiten sekundenschnelle Videodownloads. 5G soll die Basis bieten für Echtzeitanwendungen wie selbstfahrende Autos, Augmented Reality und vernetzte Haushaltsgeräte.

THS. Ein Thema, drei Perspektiven. In einer Veranstaltungsreihe präsentierten drei St.Galler Kandidierende für den Nationalrat die politische und rechtliche Ausgangslage und beleuchten das Thema aus technischer, wirtschaftlicher und medizinischer Sicht.

«Brauchen wir 5G für eine nachhaltige Zukunft?»

Diskussion gab es kaum Gelegenheit. Diese wäre aber sehr wichtig! Wofür, wo und wie soll unsere Gesellschaft ein 5G-Mobilfunknetz aufbauen? Welche Risiken können und wollen wir dabei in Kauf nehmen? Denn die Strahlenbelastung trifft nicht nur jene, die das neue Angebot nutzen, sondern uns alle. Dringend ist mit 5G zudem zu klären, wie es um die Cybersicherheit bestellt ist.

Braucht es 5G für eine nachhaltige Zukunft, selbstfahrende Autos, virtuelle Realitäten und das Internet der Dinge? Wir GRÜNEN setzen selbstverständlich auf neue Technologien, die einen nachhaltigeren Umgang mit unseren Ressourcen ermöglichen. Ob 5G für autonomes Fahren und andere Anwendungen notwendig ist, ist im Moment offen. Vieles ist noch zu wenig entwickelt, um daraus Anforderungen an die mobile Kommunikation abzuleiten.

Über Kabel statt auf dem Luftweg
Die Kommunikatin per Kabel statt über Mobilfunk verbraucht bis zu 20mal weniger Energie. Auch bezüglich Datenschutz sind Glasfasernetze wesentlich

sicherer. Darum ist der Glasfaserausbau prioritär zu forcieren, auch wenn die FTTH (fiber-to-the-home) für die Mobilfunkanbieter teurer ausfällt als der Bau neuer Funknetze.

Für tiefere Strahlenbelastung in städtischen Zentren kann ein dichtes Netz kleiner, mit Breitband verbundenen Mobilfunkzellen sorgen. Die Mikrozellenstruktur wurde bereits 2013 erfolgreich in der Stadt St. Gallen eingeführt. Die Strahlenbelastung wesentlich reduzieren würde ein Netz für alle Anbieter, also ein Modell wie im öffentlichen Verkehr. Niemandem käme es heute in den Sinn, dies anders zu regeln.

Vorsorgeprinzip durchsetzen
Im Umweltschutzgesetz ist das Vorsorgeprinzip festgeschrieben. Auf diesem Grundsatz beharren wir und fordern, dass 5G auf Anwendungen beschränkt bleibt, die sich nicht kabelgebunden realisieren lassen. Wir wehren uns entschieden gegen die Erhöhung der Strahlungsgrenzwerte und fordern entsprechende regelmässige Kontrollen.

Die möglichen Auswirkungen des Mobilfunks auf die Gesundheit werden kontrovers diskutiert. In der Wissen-

schaft unbestritten ist die Interaktion nichtionisierender Strahlung von 1G bis 5G mit dem menschlichen Körper und die je nach Gewebe unterschiedliche Absorption.

Heutige Grenzwerte beruhen auf dem Schutz vor thermischer Wirkung. Sie sollen vor einer gesundheitsschädigenden Erwärmung des Gewebes schützen. Wechselwirkungen mit den Zellen sind aber bereits weit unterhalb dieser Werte zu beobachten. Die IARC (internationale Agentur für die Erforschung von Krebserkrankungen, eine Behörde der WHO) stuft die Mobilfunkstrahlung 2011 als «möglicherweise krebserregend» ein. Zurzeit ist eine Neubeurteilung in Arbeit.

Es braucht ein Strahlenmonitoring
Zum Schutz der Bevölkerung fordern wir ein Monitoring der Mobilfunkstrahlung. Auch ist die unabhängige wissenschaftliche Forschung zu den Auswirkungen auf Mensch, Tier und Umwelt zu forcieren. Es braucht mehr Information zum sicheren Umgang mit nichtionisierender Strahlung. Wer unter Mobilfunkstrahlung leidet, soll die Möglichkeit haben, sich umfassend medizinisch und umwelttechnisch abklären zu lassen. Der Bund hat dafür die Finanzierung zu gewährleisten.

5G und Cybersecurity
5G verstärkt die Risiken rund um Cybersecurity. Tatsächlich öffnet die inzwischen (auch in der Schweiz) führende Rolle des chinesischen Unternehmens Huawei als Telekomm-Ausstatter der chinesischen Cyberspionage und Manipulation Tür und Tor. Huawei verhält sich zurzeit aber vorbildlich. Es gibt keine «smoking gun» für Spionagetätigkeit durch das Unternehmen, weder direkt noch indirekt.

Dank Edward Snowden und anderen wissen wir sehr gut, welche Spionagemöglichkeiten die neuen Technologien eröffnen. Die Warnungen der USA vor der Beteiligung Huaweis am 5G-Aufbau sind sicher auch eine Frage der technologischen Vorherrschaft, die sich die amerikanische Regierung erhalten will.

Keine Garantien für die Zukunft
Das heutige gute Verhalten Huaweis ist keine Garantie für die Zukunft. Huawei ist gesetzlich verpflichtet, in Fragen der «nationalen Sicherheit» mit dem chinesischen Geheimdienst zusammenzuarbeiten. Die Schweiz kann sehr schnell zum Schauplatz von Cyber-Kriegen anderer Staaten werden. Darauf muss der Schweizer Geheimdienst vorbereitet sein.

Huawei entwickelt auch fortgeschrittene Überwachungstechnologien für autoritär geführte Länder. Wir sollten diskutieren, ob die Schweiz wie Australien und Neuseeland Anbieter aus Ländern mit Geheimdienst-Gesetzen wie China ausschliessen sollte.

Veranstaltungshinweis 22. August, 19:00 Uhr
«5G-Mobilfunk: grandios oder gefährlich?»
Saal Pfarreiheim, Engelgasse 1, Altstätten



Das 3G-Spitzentrio der St.Galler Hauptliste für den Nationalrat. v.l.n.r.: Patrick Ziltener, Franziska Ryser, Yvonne Gilli. Bild: Regina Kühne

THURGAUER REGIERUNG MUTLOS

KEG. Kantonsrätin Karin Bétrisey forderte vom Thurgauer Regierungsrat ein 5G-Moratorium, bis durch unabhängige Studien belegt ist, dass Mensch und Tier zweifelsfrei kein Schaden zugefügt wird. Der sofortige Stopp der Bagatellbewilligungen wurde abgelehnt, obwohl die Bewilligungspraxis für ein Aufrüsten bestehender Anlagen im Ermessen der Kantone liegt. Die Bereitschaft zur ernsthaften Auseinandersetzung mit dem Thema fehlt. Von 33 bisher bewilligten Anlagen wurden 27 ohne Baugesuch genehmigt. Karin Bétrisey meint dazu nur: «Die Antwort der Regierung ist absolut mutlos».



KLIMANOTSTAND: WO ER GILT, WAS ER (NICHT) BEDEUTET

Wo in der Ostschweiz hat sich der von den demonstrierenden Jugendlichen geforderte politische Klimanotstand durchgesetzt? Ist damit schon etwas erreicht? Ein Notstand verlangt schnelles Handeln. Parlamentarische Prozesse aber zeichnen sich nicht gerade durch viel Dynamik aus.

THS. Der Begriff des Klimanotstands ist nicht so neu, wie man vielleicht glauben könnte. Eine kleine Recherche im Internet zeigt, dass bereits im Juni 2009 im australischen Melbourne ein ‚Climate Emergency‘ anlässlich des Tags der Erde gefordert wurde. In Europa fasste der Begriff erst mit dem Beginn der Klimastreikbewegung mit Greta Thunberg im August 2018 Fuss.

Kanton Thurgau

Im Kanton Thurgau reichten CVP, GLP, GP, SP und EVP zwei Vorstösse ein. Den «Klima-Notstand» will die Thurgauer Regierung aber nicht ausrufen. Eine grosse Not oder eine schwere Beeinträchtigung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit sei nicht vorhanden.

Hingegen schlägt die Regierung die Schaffung einer kantonalen Koordinationsstelle «Klimawandel» vor, um die erforderliche ämterübergreifende Koordination und Umsetzung der zahlreichen Massnahmen in den Bereichen Energie, Landwirtschaft, Wasserwirtschaft, Umgang mit Natur-

gefahren, Waldwirtschaft, Biodiversitätsmanagement, Raumentwicklung sicherzustellen. Es sollen kantonale Klimaschutzziele definiert und ein

«Keine Symbolpolitik, sondern die wichtigste Forderung der Klimastreikbewegung.»

Aktionsplan ausgearbeitet werden. Der grüne Kantonsrat Toni Kappeler lobte die Regierung und fügte gleichzeitig bei, «dass die Zeit drängt und möglichst rasch ein Aktionsplan zu erstellen sei. Die Klimaziele müssten sich dabei am Pariser Abkommen mit Netto-Null-Emissionen im Jahre 2050 orientieren.»

Kanton St.Gallen

Der St.Galler Kantonsrat hatte Mitte Juni seine Klimadebatte mit rund 50 Vorstössen. Eine eigentliche Abstimmung zur Ausrufung des Notstands gab es nicht, dafür die Antwort auf eine entsprechende Frage, was ein Klimanotstand sei. «Für die Regierung sind die Voraussetzungen für den Erlass von Dringlichkeitsrecht und damit auch von einschränkenden Massnahmenplänen nicht gegeben.»

Dafür fand sich mit 57 zu 48 eine Mehrheit, die Ziele des Pariser Klimaabkom-

mens für den Kanton St.Gallen als verbindlich zu betrachten. Die weitergehende zentrale Forderung der Klimabewegung auf einen treibhausneutralen Kanton bis 2030 wurde trennscharf entlang der Parteigrenzen GRÜNE, SP und GLP mit 28 zu 75 versenkt.

Städte Wil und St.Gallen

In der Stadt Wil hat das Stadtparlament auf Antrag der GRÜNEN prowil eine Resolution zum Klimanotstand mit 23 zu 15 Stimmen angenommen. Das Parlament anerkennt damit explizit, dass die bisherig getroffenen Massnahmen zur Beschränkung der Klimaerwärmung auf maximal 1,5 Grad ungenügend sind. Die Stadtverwaltung und die mit ihnen verbundenen Organisationen sind beauftragt, bis ins Jahr 2030 klimaneutral zu werden. Ein Ziel, das für das ganze Stadtgebiet bis 2050 erreicht werden soll. Bestandteil der verabschiedeten Resolution ist auch die offizielle Unterstützung der Gletscherinitiative durch die Stadt Wil.

Weniger glücklich verlief die Diskussion über den Klimanotstand im St.Galler Stadtparlament. Zwar anerkannte die bürgerliche Seite die Notwendigkeit von Massnahmen, der Klimanotstand

aber wurde als nutzlose Symbolpolitik abgetan. Die SP-Fraktion sah in der Forderung eher nur ein Zeichen der Wertschätzung gegenüber der Klimajugend, unterstützte sie aber mehrheitlich.

Es war an der Fraktion von GRÜNEN und Jungen Grünen aufzuzeigen, was die Idee und die Wirkung des Klimanotstand sein könnte: Das Parlament setzt die Prioritäten und löst mit dem Klimanotstand die Klimafrage aus dem politischen Verteilungskampf. Das verpflichtet den Stadtrat, der Klimakrise die höchste Priorität einzuräumen. Das ist keine Symbolpolitik, sondern die wichtigste und vielleicht politischste Forderung der Klimastreikbewegung! Leider gelang es nicht, alle Parlamentarier*innen von SP und GLP zu überzeugen. Der Klimanotstand scheiterte hauchdünn mit 29 zu 30 Stimmen.

Kanton Glarus

In Glarus wurden insgesamt acht Vorstösse verschiedener Parteien eingereicht. Den ersten hat der Regierungsrat bereits negativ beantwortet: Der «Klimaveränderung» will er keine höhere Priorität einräumen. Ebenso betrachtet er es als nicht zielführend, die Auswirkungen auf das Klima bei jedem Geschäft prioritär zu behandeln.

Der wichtigste Vorstoss der Glarner GRÜNEN verlangt die Einführung eines

CO2-Managements. Dieses soll die Treibhausgasemissionen bis 2030 auf «Netto-Null» reduzieren. Es wird ein Absenkpfad sowohl für den Kanton als Ganzes als auch für die einzelnen Departemente und Abteilungen definiert. Werden die Ziele nicht erreicht, sind die entsprechenden CO2-Emissionen anderweitig zu kompensieren. Das Geschäft dürfte ca. im September im Landrat behandelt werden.

Die Klimabewegung Glarnerland sammelt Unterschriften für eine ausserordentliche Klimalandsgemeinde. Priska Müller Wahl – Co-Präsidentin der Grünen Glarus – steht diesem Anliegen skeptisch gegenüber: «Die Forderung nach einer Landsgemeinde bewirkt noch wenig. Wichtiger sind Forderungen nach konkreten Zielen mit Fristen und entsprechenden Massnahmen, wie wir das mit unserer Motion verlangen».

Kanton Graubünden

Im Bündnerland ist der Klimanotstand zumindest politisch noch nicht angekommen. Halt ebenso wenig wie die GRÜNEN im Grossen Rat. Dabei ist der Kanton mit dem Rückgang der Gletscher und den damit verbundenen Gefahren ganz besonders gefordert. Aber nicht nur in Graubünden gilt: Mehr echte GRÜNE braucht das Land. Nur so entstehen klimawirksame Massnahmen aus der Symbolpolitik.



EIN GRÜNER SIEHT ROT: HELIREISLI DES PRÄSIDIUMS

THS. Aus den Reihen der St.Galler SVP kamen im Rahmen der Klimadebatte zwei besonders «schlaue» Vorschläge: Auf die Klimatisierung kantonalen Gebäude sollte verzichtet und die Heizung auf 16° Grad beschränkt werden. Im Vergleich dazu fast schon seriös der Antrag, mit dem guten Beispiel voranzugehen und auf den traditionellen Parlamentsausflug zu verzichten. Das Ratspräsidium fand Gefallen an dieser Idee und empfahl dem Rat die Annahme. Dieser entschied aber, an den Ausflügen festzuhalten, sie aber nur noch «klimaschonend» durchzuführen.

Wenige Tage nach der Debatte flog das Ratspräsidium mit einem Super Puma der Schweizer Armee an einen Truppenbesuch im Jura. Ein Vorstoss von Meinrad Gschwend dazu fand entsprechende Aufmerksamkeit in den Medien. Ein Grüner sieht rot, titelte etwa das Regionaljournal Ostschweiz. <http://bit.ly/helireisli>



Am 23. Februar fand in Romanshorn die Gründung der «Grünen Frauen TG» statt, knapp bevor am 16. März im Bundeshaus in Bern das «Netzwerk der grünen Frauen Schweiz» gegründet wurde. Schon über eine langjährige Tradition verfügen die GRÜNEN Frauen im Glarnerland.

Die GRÜNEN setzen sich seit ihrer Gründung vor über 30 Jahren konsequent für eine Gleichberechtigung der Geschlechter ein. Seit Jahrzehnten kämpfen wir gegen Sexismus, Homo- und Transphobie und Gewalt an Frauen. Natürlich unterstützten wir auch dieses Jahr den Frauen*streik und gehen für eine gelebte Gleichberechtigung in verschiedenen Städten auf die Strasse.

Aber auch innerhalb der Parteistrukturen wollen sich die Frauen nun vermehrt organisieren und vernetzen. Eine Übersicht der grünen Frauengruppen in der Ostschweiz.

GRÜNE Frauen TG

- Heidi Heine
079 736 67 37
h.heine@gruene-tg.ch
- Brigitta Engeli
071 672 94 51
brigitta.engeli@gmail.com

Frauenanliegen sowie grüne Themen sollen aus der Sicht von Frauen vermehrt unter dem Dach der GRÜNEN Thurgau eingebracht werden. Im Moment machen rund zehn Frauen aktiv mit. Koordiniert werden die GRÜNEN-Frauen von Heidi Heine (Arbon) und Brigitta Engeli (Kreuzlingen).

Die erste grössere Aktion der GRÜNEN Frauen TG war die Beteiligung am Nationalen Frauenstreiktag. Die Gruppe übergab jedem Mitglied der Thurgauer Regierung einen ausführlichen Forderungskatalog. An erster Stelle stand dabei: Geburtshäuser sollen Eingang finden in die kantonale Spitalliste. Wo immer möglich ist die physiologische Geburt ein Recht von Gebärenden. In der Schweiz liegen die Kaiserschnittraaten mit über 30% in den Spitälern deutlich über den aktuellen WHO-Empfehlungen.

Nach dem Frauenstreik wollen sich die GRÜNEN Frauen TG auf genussvolle Art gegenseitig stärken und miteinander weitere Ideen entwickeln.

GRÜNE Frauen SG

- Franziska Ryser
076 439 81 70
franziska.ryser@gruene-sg.ch

Auch im Kanton St.Gallen haben sich die Frauen eigenständig vernetzt, um ihre Anliegen innerhalb der St.Galler GRÜNEN einzubringen und sich über die Region hinaus mit anderen grünen Frauen auszutauschen.

GRÜNE Frauen GL

- Priska Müller Wahl
076 394 10 49
priska.muellerwahl@bluewin.ch

In Glarus blicken die GRÜNEN Frauen schon auf eine lange Tradition zurück. Sie wurden bereits im November 1996 gegründet. Zurzeit sind rund 12 Frauen aktiv. Jährlich finden drei bis vier Sitzungen statt, ab und zu eine Retraite, an der neue Ideen entwickelt werden.

Frauen für Frauen: An dieser Zielsetzung hat sich seit Beginn nichts geändert. Dazu zählen Anlässe wie Frauendiscos oder Wohlfühltag mit Angeboten zu seelischer und körperlicher Gesundheit für Frauen. Die Organisation des internationalen Tags der Frau gehört ebenso dazu wie die Mitwirkung am Flüchtlingstag, Gartenfeste oder auch einmal eine Schneeschuhwanderung.

Beim Frauenstreik wirkten die GRÜNEN Frauen GL im überparteilichen Komitee mit. Wie im Thurgau wurde der Regierung eine von 780 Personen unterzeichnete Petition mit acht Forderungen überreicht.

PERSONELLE WECHSEL IN DER FRAKTION GRÜNE THURGAU



Dank an Marion Theler

KEG. Partei und Fraktion der GRÜNEN Thurgau danken der zurücktretenden Marion Theler für ihr langjähriges Engagement ganz herzlich. Marion gehört seit 2004 dem Grossen Rat an. Seit 2009 ist sie Mitglied des Büros und prägte damit ganz wesentlich den Ratsbetrieb. Sie nahm in vielen Kommissionen Einsitz, unter anderem der Gesetzgebungs- und Redaktionskommission. Marion hat über die Parteigrenzen den Ruf der prägnantesten Rednerin. Ihre messerscharfen Voten haben im vergangenen Jahrzehnt die Meinung vieler Ratsmitglieder beeinflusst.

Brigitta Engeli rückt nach

Als Nachfolgerin von Marion Theler rückt die 46-jährige Brigitta Engeli in den Grossen Rat nach. Brigitta wohnt mit ihrer Familie in Kreuzlingen. Die diplomierte Psychologin arbeitet beim Kinder- und Jugendpsychiatrischen Dienst des Kantons Thurgau und ist Präsidentin der GRÜNEN Kreuzlingen. Den Sitz von Marion im Parlamentsbüro übernimmt Gina Rüetschi. Die

Frauenfelder Pflegefachfrau sitzt seit 2012 im Grossen Rat und war zwei Jahre Vizepräsidentin der Grünen Schweiz.

Peter Dransfeld neuer Fraktionspräsident

Der 53-jährige Peter Dransfeld (siehe Editorial) ist Inhaber eines Architekturbüros, das sich seit über 20 Jahren mit nachhaltigen Baukonzepten beschäftigt und dafür mehrfach ausgezeichnet wurde. Peter politisiert seit sieben Jahren im Grossen Rat, seit letztem Sommer in der GRÜNEN Fraktion. Er war mehrere Jahre Mitglied der Geschäftsprüfungs- und Finanzkommission und wirkte in diversen Kommissionen mit. Peter Dransfeld kandidiert im Herbst für den Nationalrat.

Das Vizepräsidium übernimmt die 48-jährige diplomierte Kulturingenieurin Karin Bétrisey. Sie ist Mitinhaberin eines Raumplanungsbüros und wohnt in Kesswil. Karin ist seit einem Jahr im Grossen Rat und kandidiert im Herbst ebenfalls für den Nationalrat.

Mario Marti erster GRÜNER Glarner Oberrichter

An der Glarner Landsgemeinde wurde der 32-jährige Rechtsanwalt Mario Marti aus Ennenda in einer Kampfwahl gegen einen 50-jährigen SVP-Gewerbler mit grossem Mehr als erster GRÜNER ins Obergericht gewählt. Wir gratulieren Mario und wünschen viel Freude im neuen Amt.



Silvia Kündig-Schlumpf neu am Kreisgericht See-Gaster

Im Kanton St.Gallen wurde die ehemalige langjährige Kantonsrätin Silvia Kündig-Schlumpf in stiller Wahl als nebenamtliche Richterin ins Kreisgericht See-Gaster berufen. Nach 15 Jahren im Kantonsrat engagiert sich Silvia nun für weitere Jahre in der Judikative. Die GRÜNEN St.Gallen gratulieren.

Marco Fäh neu im St.Galler Kantonsrat

Der 45-jährige Steuersekretär aus Kaltbrunn trat in der April-Session des Kantonsrats die Nachfolge von Silvia an. Marcos Themen liegen neben der sozialen und ökologischen Steuerpolitik vor allem in den Bereichen der nachhaltigen Energieversorgung und der Kreislaufwirtschaft. Er lancierte 2009 die Kaltbrunner Kunststoff-Sammlung. Einen seiner ersten Vorstösse im Rat widmete Marco ebenfalls dem Thema Plastik (siehe Seite 9). 2013 war Marco Initiator der Solargenossenschaft-Linth.

Das Linthgebiet darf sich über einen kompetenten und tatkräftigen neuen Kantonsrat freuen.



Bild: Agroscope (flickr)

BIODIVERSITÄT IN DER (OST-)SCHWEIZ:

WAS KANN DIE POLITIK TUN?

Am Vorabend der nationalen DV der GRÜNEN Schweiz vom Samstag 31. August in Rapperswil-Jona findet ein prominent besetzter Anlass zum Thema Biodiversität statt. Denn um sie ist es schlecht bestellt: Global, aber auch in der Ostschweiz. Dabei ist die Artenvielfalt das Fundament unserer Lebensqualität und letztlich auch unsere Lebensgrundlage.

Wo liegen die Probleme bei der Umsetzung von Biodiversitätsstrategien? Was können Initiativen für den Schutz der Artenvielfalt erreichen? Beleuchtet wird auch der Zusammenhang zwischen der Biodiversität und dem Klimaschutz.

In der Publikumsdiskussion nach den Referaten stehen Rede und Antwort:

■ **Dr. Jonas Barandun** Amphibienexperte und ehem. wissenschaftlicher Mitarbeiter St.Galler Naturmuseum: «Artenvielfalt braucht lebensfähige Räume.»

■ **Toni Kappeler** Präsident Pro Natura Kanton Thurgau und Kantonsrat spricht zur «Volksinitiative Biodiversität Thurgau».

■ **Regula Rytz** Nationalrätin Bern und Präsidentin GRÜNE Schweiz zum «Spannungsfeld Landwirtschaft und Biodiversität».

■ Moderation durch Stadträtin Tanja Zschokke, Rapperswil-Jona (GRÜNE)

Freitag, 30. August, 20:00 Uhr
Haus zum Pfauen am Hauptplatz,
Fischmarktstr. 16, Rapperswil-Jona

OSTGRÜNE:

ANSCHLUSS FINDEN

Kantonalparteien

• GRÜNE Glarus
Ennetbühlerstr. 3
8755 Ennenda
www.gruene-gl.ch
sekretariat@gruene-gl.ch

• VERDA Graubünden
Nicolas Zogg, Davos Cresta 4
7412 Scharans
077 436 00 44
www.verda-gr.ch
info@verda.gr

• GRÜNE St.Gallen
Postfach 207
9004 St.Gallen
071 577 16 64
www.gruene-sg.ch
info@gruene-sg.ch

• GRÜNE Thurgau
Barbara Imholz, Aspenstr. 6
8580 Sommeri
071 410 06 01
www.gruene-tg.ch
sekretariat@gruene-tg.ch

OSTGRÜN, Redaktion und Inserate

• Kurt Egger, Präsident GRÜNE TG
079 207 84 37
kurt.egger@gruene-tg.ch

• Thomas Schwager, Präsident GRÜNE SG
076 456 25 15
thomas.schwager@gruene-sg.ch

Redaktionsschluss Ausgabe 3/19
20. Oktober 2019

AGENDA OSTGRÜN

Details siehe Webseiten Kantonalparteien.

Glarus

www.gruene-gl.ch

- **Mittwoch, 21.8. 19:00 Uhr** Vortrag Prof. Thomas Stocker mit Podium National- und Ständeräte, Kantonsschule Glarus.

St.Gallen

www.gruene-sg.ch

- **Samstag, 17.8. 9:00 bis 15:00 Uhr** Naturschutzeinsatz im Kaltbrunner Riet
- **Donnerstag, 22.8. 19:00** 5G-Mobilfunk: grandios oder gefährlich? Saal Pfarreiheim Altstätten, Engelgasse 1

Thurgau

www.gruene-tg.ch

- **Montag, 12.8. 19:15 Uhr** Mitgliederversammlung GRÜNE Thurgau im Restaurant Barone, Frauenfeld
- **Donnerstag, 22.8. 19:30 Uhr** Naturschutz Zigelweiher, Eschlikon
- **Dienstag, 24.9. 18:00 Uhr** Treff GRÜNE Frauen
- **Donnerstag, 24.10. 19:15 Uhr** Mitgliederversammlung GRÜNE Thurgau
- **Dienstag, 29.10. 18:00 Uhr** Treff GRÜNE Frauen

Ostschweiz und National

- **Sonntag, 21.7.** Wanderung zum Pizol-gletscher (Ausweichdatum 10. August)
www.gruene-sg.ch/pizol
- **Freitag, 30.8. 20:00 Uhr** Biodiversität, Referate und Diskussion in Rapperswil-Jona, Haus zum Pfauen
- **Samstag, 31.8.** DV der GRÜNEN CH in Rapperswil-Jona
- **Mittwoch, 28.9. 10:00 Uhr** Nationale Klimademo in Bern
www.klimademo.ch
- **Sonntag, 20.10. 12:00 Uhr** Abschluss Nationale Wahlen